



EIN SOZIALES EUROPA – FÜR ALLE



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen und Leser!

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Diese soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir seit an Seit 'mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Im Zeichen Europas: das Rathaus Köpenick

Foto: Bezirksamt Treptow-Köpenick

Europa investiert in die Köpfe

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Treptow-Köpenick gewinnt mit der EU

Bibliotheken, Spielplätze und Parks, Straßen und Brücken – wenn irgendwo in unserem Bezirk gebaut wird, wenn viele Millionen Euro ausgegeben werden für eine sinnvolle Sache, dann wird das häufig mit Fördermitteln gemacht. Treptow-Köpenick profitiert dabei sehr häufig von Mitteln, die es von der Bundesregierung, vom Berliner Senat oder von der Europäischen Union bekommt.

Immer wenn man sich bewusst wird, dass das Europäische Parlament gewählt wird, wird gern nachgerechnet: Was hat uns Europa gebracht? In wie viel Euro drückt sich Europa bei uns aus? Ja, Treptow-Köpenick hat von diesen Fördermitteln in Millionenhöhe profitiert – beim Neubau der Mittelpunktbibliothek Treptow, bei der Sanierung des Treptower Parks oder beim Neubau des Weltspielplatzes.

Das ist aber verkürzt: Auch unser Quartiersmanagement im Kosmosviertel wird zum Teil von der Europäischen Union finanziert – wie auch eine ganze Reihe von Arbeitsmarktprojekten. Menschen wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, ist ein wichtiges Anliegen der Europäischen Union. Deshalb gibt es das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, in dem Projekte der Arbeitsmarktförderung diskutiert und bewilligt werden – dank der Finanzmittel der Europäischen Union. Hier wird konkret in die Köpfe investiert und das eröffnet neue Chancen.

Das gilt genauso für eine Fördermöglichkeit der EU, die in Wissenschaft und Forschung investiert. Deutschlands größter Wissenschafts- und Wirtschaftspark liegt in Treptow-Köpenick: das Wistagelände in Adlershof. Die dortige

Forschung wäre viel kleiner, wenn es nicht „Horizont 2020“ gäbe, das Hauptförderinstrument der EU für Wissenschaft, technologische Entwicklung und Innovation. So gelangen Millionensummen für Grundlagenforschung der Europäischen Union nach Adlershof. Davon profitiert am Ende die ganze Welt.

ALLE KÖNNEN VON DER EU PROFITIEREN

Klar ist, dass das für viele abstrakt und wenig konkret wirkt. Genau deshalb gibt es die Vielfalt an EU-Projekten: Forschung und Wissenschaft und Bauvorhaben auf der einen Seite, Arbeitsmarktprojekte wie die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern für Kitas auf der anderen Seite. So kann jeder von der EU profitieren.

Aber es geht nicht allein um den Fluss von Geld. Europa ist und bleibt ein Friedensprojekt, das nicht

zu bezahlen ist. Unsere Kinder können einfach in anderen europäischen Ländern lernen und studieren, Menschen allen Alters können sich begegnen, Verwaltungsmitarbeiter tauschen sich grenzübergreifend aus. Auch das sind Investitionen – in Köpfe.

Wir wollen auch künftig mit einer Stärkung der Wirtschaft von Europa profitieren. Deshalb ist der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union für Treptow-Köpenick ärgerlich. Dass nun Forscher und Unternehmer von der Insel nach Berlin kommen, ist vorteilhaft für unsere Region – Europa lebt aber von der Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt der Menschen. Deshalb macht der EU-Austritt Großbritanniens traurig.

Der Autor Oliver Igel ist Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick

„Mauergucker und Mauerspechte“

Erinnerungsaufruf: 30 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall

Die SPD Treptow-Köpenick und die SPD Neukölln rufen dazu auf, persönliche Erinnerungen an die Teilung Berlins und den Fall der Mauer hervorzuholen. Wir sammeln Erinnerungsberichte und möchten diese anlässlich des 30. Jahrestages öffentlich präsentieren.

„Wir sind froh, dass die Mauer gefallen ist und die Sonnenallee heute wieder für alle erreichbar ist. Wir wollen, dass die schönen und traurigen Erinnerungen gleichermaßen nicht in Vergessenheit geraten und rufen daher die Menschen dazu auf, sich gemeinsam an die Zeit vor 1989 zu erinnern“, so Bürgermeister Igel.

Severin Fischer (SPD Neukölln) ergänzt: „Es sind die kleinen und großen Alltagserzählungen aus Ost und West, an die wir erinnern und die wir an die nächsten Generationen weitergeben wollen. Das Leben auf beiden Seiten und die vielen Kontakte vor und nach dem Mauerfall prägen die Entwicklung unserer Bezirke bis heute.“

Die Erinnerungen in Form von schriftlichen Berichten oder anderen Formaten können bis zum 31. August 2019 an eines der beiden SPD-Büros gesendet werden. Die öffentliche Präsentation erfolgt im Umfeld des 9. November. Kontakt: kreis.treptow-koepenick@spd.de



Foto: Bernd Scheumann/pixabay

Gute Arbeit für alle

SPD will den Mindestlohn auf 11,30 Euro erhöhen

Was heißt das: Gute Arbeit? Dazu gehört, dass man Anerkennung erfährt, die Arbeitsbedingungen gut sind und vor allem, dass man gerecht bezahlt wird. Das heißt: jeder soll von seiner Arbeit leben können.

Während auf Bundesebene viel diskutiert wurde, hat das Land Berlin die rechtlichen Spielräume genutzt, und zumindest den Landesmindestlohn Ende 2013 in Kraft gesetzt. Der gilt für alle ArbeitnehmerInnen, die für das Land Berlin arbeiten oder von Berliner Steuergeldern indirekt bezahlt werden. Das war ein wichtiger erster Schritt und hatte eine große Signalwirkung.

Berlin soll auch weiter mit gutem Beispiel vorangehen, deshalb möchte die SPD eine weitere Anhebung des Landesmindestlohns. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll auch im Alter davon profitieren. Für eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus braucht man aktuell einen Lohn von mindestens 12,63 Euro. Diese Marke wollen wir schrittweise bis 2021 erreichen. Die SPD setzt sich aber auch über Landesgrenzen hinweg für einen fairen Lohn ein und kämpft für die Umsetzung eines europaweiten Mindestlohns.

Lars Düsterhöft, MDA

KURZ NOTIERT

BARRIEREFREIHEIT

Der Spreetunnel in Friedrichshagen ist bei AnwohnerInnen wie auch bei Touristen eine beliebte Querungsmöglichkeit. Dennoch kann ihn momentan nicht jede Person nutzen.

Gerade für Menschen mit Kinderwagen und Rollstuhl ist der Tunnel nicht zugänglich. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion in die BVV-Sitzung einen Antrag eingebracht, dass der Tunnel baulich so verändert wird, dass er barrierefrei ist. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie des Senats sieht dem positiv entgegen. Bis zur Fertigstellung fordert die SPD eine Fährverbindung.

FÜR EICHHÖRNCHEN

„Für die einen ist es ein einfaches Seil, für die anderen kann es Leben retten“, so der Antrag der SPD-Fraktion, welcher in die BVV eingebracht wurde.

Es geht um Querungshilfen für die kleinen putzigen Nager, damit diese nicht über die Straße laufen, sondern einfach über ein Seil die Straße überqueren können. Seit 2014 gibt es solch ein Seil schon am Müggelseedamm. Da die Ergebnisse des bisherigen Pilotprojekts in Friedrichshagen positiv waren, ist es an der Zeit, dieses auszuweiten und an weiteren Stellen Querungshilfen zu etablieren.

EU-KANDIDATIN IN TK

Die Berliner Kandidatin für das Europäische Parlament Gaby Bischoff kommt am 14. Mai nach Treptow-Köpenick! Gemeinsam mit dem Abgeordneten Lars Düsterhöft wird sie den Tag in unserem wunderschönen Bezirk verbringen.

Unter anderem wird sie mit den Betriebsräten der Berliner S-Bahn über die europäische Ausschreibung rund um die S-Bahn sprechen, die Wissenschaftsstadt Adlershof und einen Kiez Club besuchen. Sie wird an mehreren Orten im Bezirk auf der Straße ansprechbar sein und sich sehr gerne Ihren Fragen stellen.

Alle Informationen rund um das Programm des Bezirkstags finden Sie auf unserer Webseite: www.spd-treptow-koepenick.de

EU: Garantin für Frieden in Europa

Fritz Felgentreu: Wir müssen europäischer werden – auch wenn es um Sicherheit geht

Dass wir uns keine Sorgen mehr um einen Krieg zwischen europäischen Staaten machen beweist: Die EU ist Garantin des Friedens. Jetzt gilt es, ihr Potenzial voll und ganz auszuschöpfen – für Sicherheit und Frieden in Europa und weltweit.

Die „EU“ – das sind die Politiker in Brüssel, die das Verbot von Plastikmüll beschließen und die Zeitumstellung abschaffen. Wenn von einer europäischen „Union“ die Rede ist, denken wir an die Freihandelszone, die Abschaffung von Visa und den Euro. Zu selten bringen wir die EU in erster Linie mit Sicherheit und Frieden in Verbindung. Kein Wunder: Nach über 70 Jahren Frieden in Europa scheint es selbstverständlich, dass europäische Staaten keinen Krieg mehr gegeneinander führen. Die Bedrohungen – sei es durch Terror oder Cyberangriffe – kommen von außen.

Dabei wurden die Vorläufer der EU nach dem Schrecken zweier Weltkriege in Europa zur Sicherung des Friedens gegründet. Wenn die europäischen Staaten wirtschaftlich zusammenarbeiten, so die Idee, haben sie weniger Interesse daran, gegeneinander Krieg zu führen. Von Anfang an kämpften die Sozialdemokraten in Deutschland für diese historisch einzigartige Gemeinschaft in Europa. Frieden, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit – die SPD setzt sich heute wie damals für ein starkes, vereintes Europa ein.



Fritz Felgentreu, MdB, ist verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: H. C. Plambeck

Das Brexit-Chaos macht uns einmal mehr bewusst: Europäischer Zusammenhalt ist keine Selbstverständlichkeit. Genauso wenig dürfen wir die Sicherheit in Europa als selbstverständlich ansehen. Der Austritt einer der stärksten Militärmächte ist ein Grund mehr für die Europäischen Staaten zusammenzurücken. Wir müssen europäischer werden – auch wenn es um Sicherheit geht. Ein Schritt in diese Richtung ist die Ständige Strukturierte

Zusammenarbeit (PESCO). Im Rahmen von PESCO übernehmen die Mitgliedstaaten in Einzelprojekten gesamteuropäische Verantwortung. Deutschland koordiniert beispielsweise Projekte im Sanitätswesen und der Logistik. Wenn jeder Staat seine Stärken und Fähigkeiten sinnvoll einbringt, sind wir als EU gemeinsam stark.

Eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaft in Europa, um Krieg zwischen den Europäern zu

verhindern – diese Idee hat Erfolg. Jetzt gilt es, den Frieden und die Sicherheit in Europa gemeinsam zu beschützen. Denn es steht fest: Wenn die europäischen Staaten wollen, dass ihre Stimme auf der großen Weltbühne gehört wird, müssen sie mit einer Stimme sprechen. Nur mit der EU als Plattform wird Europa neben China und den USA Gehör finden.

Dr. Fritz Felgentreu

Fridays for Future

Schule schwänzen und die Welt retten?

Weltweit und auch in Deutschland schwänzen jeden Freitag Tausende von SchülerInnen und streiken unter dem Motto „Fridays for Future“. Als Studentin unterstütze ich die Klimaschutzproteste. Hier geht es um ein Problem, das uns alle betrifft: Unsere Umwelt!

Lange Zeit wurde unserer Generation absolutes Desinteresse an Politik unterstellt. Nun sind wir auf der Straße und Politiker reagieren differenziert. Angela Merkel und Cem Özdemir begrüßen das Engagement. Andere kritisieren die Proteste, da sie während der Schulzeit

stattfinden und einen rechtlichen Verstoß gegen die Schulpflicht darstellen würden. Christian Lindners Antwort auf die Bewegung: Politische Arbeit sei „eine Sache für Profis“.

Sicher, man kann über die Art und Weise der Proteste geteilter Meinung sein. Schule schwänzen kann kein Dauerzustand sein. Aber das wichtige Anliegen: Unsere Welt für uns und folgende Generationen zu retten, bleibt. Dafür gehen wir auf die Straße und üben praktische Demokratie aus. Sie lebt von uns und unserer Teilhabe. Ich bin dabei!

Berivan Kalkan

Bundesmittel für Bezirk

5,8 Millionen Euro für verschiedene Projekte

Durch die Zusammenarbeit von Bezirksbürgermeister Oliver Igel mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD in der BVV Alexander Freier konnten insgesamt rund 5,8 Millionen Euro in den Bezirk gelöst werden.

Rund 1,3 Millionen Euro fließen dabei in die Restaurierung der Regattatribüne in Grünau. Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) begrüßt das: „Mit der Fortsetzung der Sanierung können wir das historische Gebäude sichern und den Ort entwickeln, in dem auch der Ortsverein Grünau und das Wassersportmuseum Räume erhalten.“

Des Weiteren hat der Bundestag die Förderung des Nachwuchszentrums des 1. FC Union in Höhe von 4,5 Millionen Euro beschlossen. So entsteht eine neue Infrastruktur, von der auch die benachbarten Sportvereine profitieren werden. Ihre Interessen sind deshalb bei der Planung bereits mitberücksichtigt worden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Freier betont: „Die Jugend ist die Zukunft und deshalb kann der 1. FC Union nicht ohne ein modernes Nachwuchszentrum bestehen.“

Martin Becker

Gleichberechtigung neu und weiter denken

Benachteiligungen nicht als individuelles Problem ansehen – Ungerechtigkeiten beseitigen

In den Medien sehen wir jeden Tag Frauen, denn gerade in Kultur und Gesellschaft sind diese deutlich präsent. In der Schule und im Studium schreiben Mädchen oftmals bessere Noten, sie studieren schneller, machen mehr Praktika, und haben bessere Abschlüsse.

Leider kommen diese ersten Erfolge im späteren Berufsleben nicht an, denn trotz gleicher Qualifikation verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer. Viele Frauen gehen zudem ab dem 30. Lebensjahr in Teilzeitarbeit: weil keine Vollzeitstelle verfügbar ist oder aber freiwillig für die Kinder. Aus einer Teilzeitstelle heraus



Gleichberechtigung geht uns alle etwas an!



Foto: Gerd Altmann/pixabay

machen dann nur noch die allerwenigsten Frauen Karriere.

Wenn sich diese Verhältnisse ändern sollen, muss man akzeptieren, dass Frauen und Männer strukturell nicht gleichberechtigt sind, auch wenn es auf dem Papier so steht. Es ist wichtig zu erkennen, dass nicht jede von uns bloß individuelle Probleme hat, sondern dass es manche Nachteile gibt, die mit dem Geschlecht zusammenhängen – und dass das ein Unrecht ist. Das Feiern des Frauenwahlrechtes vor 100 Jahren, der Frauentag als Berliner Feiertag und der Equal Pay Day machen diese Ungerechtigkeiten deutlich. Es sind aber keine Frauenprobleme alleine.

Heutzutage sollten wir einen Schritt weiterdenken und einsehen, dass es für alle von Vorteil ist, wenn Frauen endlich dieselben Möglichkeiten bekommen wie Männer. Denn niemand wird in einer gleichberechtigten Gesellschaft aufgrund seines Geschlechtes auf irgendeine Aufgabe festgelegt. Jede und jeder kann tun, was ihm oder ihr am besten liegt, ohne dafür sozial oder finanziell zurückstecken zu müssen. Frauen und Männer auf Augenhöhe eben.

Gleichberechtigung ist für alle gut – und deswegen muss man sie jeden Tag neu denken und leben.

Ellen Haußdörfer